

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN RUINOESE AHV-EXPERIMENTE

Presseausschuss - Postfach 1161 - 3001 Bern - Tel. 031/44 58 94

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 31. Mai 1988

Sehr geehrte Damen und Herren

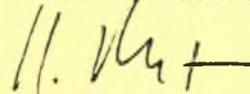
Ständerätin und Komiteepäsidentin Josi Meier (CVP/LU) hat zusammen mit den beiden Nationalräten Pascal Couchepin (FDP/VS) und Albrecht Rychen (SVP/BE) am Montag an einer Pressekonferenz in Bern noch einmal die Gründe dargelegt, die für eine deutliche Ablehnung des Volksbegehrens zur Herabsetzung des AHV-Alters am 12. Juni sprechen und vor den unverkraftbaren Forderungen der Initianten gewarnt. Im Referat von Nationalrat Albrecht Rychen, das wir Ihnen in der Beilage zum Abdruck zur Verfügung stellen, werden die Hauptargumente unseres Komitees noch einmal kurz erläutert.

Mit der zweitletzten Ausgabe unseres Pressedienstes erhalten Sie ausserdem drei weitere Beiträge: Nationalrätin Susi Eppenberger (FDP/SG) zeigt auf, dass man mit der POCH-Initiative Gefahr läuft, die sozialpolitische Solidarität überzustrapazieren. Ihr Aargauer Partei- und Ratskollege Willy Loretan argumentiert in seinem Artikel vorab mit finanzpolitischen Überlegungen gegen das zur Diskussion stehende Volksbegehren, und Bundeshausredaktor Dr. Paul Ehinger widmet seinen Beitrag der eigenartigen Haltung, welche die Gewerkschaften dem POCH-Begehren gegenüber einnehmen.

Wir werden Ihnen im Verlaufe der nächsten Woche die letzte Ausgabe unseres Pressedienstes mit dem Wahlaufdruck unseres Aktionskomitees zustellen und hoffen, dass Sie für den einen oder anderen Beitrag unserer vorliegenden Ausgabe in Ihrer Publikation Verwendung finden.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Beilagen erwähnt

Die Solidarität zwischen jung und alt ist in Gefahr

von SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Lyss

Die AHV-Initiative der POCH darf aus vielerlei Gründen nicht angenommen werden; drei davon seien hier besonders in Erinnerung gerufen.

Die Bevölkerungsentwicklung

Seit vielen Jahren steigt die Lebenserwartung der Schweizer. 1986 betrug sie im Durchschnitt 73,6 Jahre für Männer und 80,3 Jahre für Frauen. Bei der Gründung der AHV (1948) lauteten die Werte: 64 Jahre für Männer, 68 Jahre für Frauen. Dazu kommt seit Mitte der 60er Jahre ein starker Geburtenrückgang. Damit wird das Verhältnis Beitragszahler - Rentenbezüger immer schlechter. Berechnungen haben ergeben, dass die Zahl der Erwerbstätigen bis ins Jahr 2020 kaum steigen wird (3,2 Mio, +1%), während die Rentnerzahl überdurchschnittlich wachsen wird (1,4 Mio, +52%). Heute weist die AHV noch mehr Beitragseinnahmen als Rentenausgaben auf. Dies wird sich schon in den 90er Jahren verändern. Das Problem des AHV-Fehlbetrages kommt auf uns zu. Nach der Jahrtausendwende wird sich die Schere von Einnahmen und Ausgaben weiter öffnen. Angesichts dieser Entwicklung ist eine generelle Herabsetzung des Rentenalters kaum verantwortbar.

Renten Kürzung oder Lohnprozente?

Bei der angestrebten (und nötigen) 10. AHV-Revision stösst man auf klare finanzielle Grenzen. Der AHV-Fonds erreicht schon heute nicht mehr die vorgeschriebene Deckung einer Jahresausgabe. Nach Angaben des Bundesamtes für Sozialversicherung wird dieser Deckungsgrad bis Mitte der 90er Jahre auf unter 50% fallen. Eine Senkung des AHV-Alters im Sinne der Initiative (62 resp. 60 Jahre) würde jährlich zusätzlich

etwa 2,1 Milliarden Franken kosten, denn die Rentnerzahl würde sofort um 155'000 Personen ansteigen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssten zusammen rund 2,6 Lohnprozente mehr aufbringen. Wenn die Senkung des Rentenalters nichts kosten darf, so muss eine Kürzung der Renten um durchschnittlich 15% in Aussicht genommen werden. Eine Kürzung der Renten kommt jedoch aus politischen wie auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Frage. Andererseits sind weitere Lohnprozente zur Zeit unannehmbar.

Auswirkungen auf die Berufliche Vorsorge

Die Pensionskassen müssten wohl mit dem AHV-Alter gleichziehen. Viele Rentner würden sonst bis zum Erreichen des Pensionierungsalters weiter arbeiten, weil sie mit der AHV-Rente allein nicht auskommen. Also wäre eine Anpassung im Bereich der Beruflichen Vorsorge unumgänglich. Dies würde ein weiterer Zuwachs der Lohnprozente für die Sozialversicherungen bedenken!

Die POCH-Initiative zur Herabsetzung des AHV-Rentenalters muss abgelehnt werden, weil

- sie die Solidarität zwischen den Generationen einer grossen Belastungsprobe aussetzt
- grosse ausbauschritte bei der AHV aus finanziellen, demographischen und wirtschaftlichen Gründen zu Zeit nicht möglich sind (selbst wenn sie wünschbar wären)
- die langfristige Sicherung der AHV gefährdet
- keine Experimente auf dem Buckel der jungen Generation gemacht werden dürfen
- sie den bisherigen Weg der kleinen Reformen verlässt.

Solidarität überstrapazieren?

=====

Deshalb Nein zur POCH-AHV-Initiative

von FDP-Nationalrätin Susi Eppenberger, Nesslau (SG)

Die soziale Sicherheit ist in der Schweiz recht hoch. Das ist als überaus positiv zu werten und darf deshalb auch hervorgehoben werden. Dieser Standard soll auch für die Zukunft Gültigkeit haben. Es gilt deshalb, durch rechtzeitige Anpassungen an voraussehbare Entwicklungen das bisher Erreichte langfristig zu sichern und dort, wo noch Lücken bestehen, diese gezielt auszufüllen.

Zu den Bereichen in der Sozialpolitik, in denen sich bereits heute längerfristige, schwergewichtige Änderungen abzeichnen, gehört die AHV. Es sind deshalb Massnahmen zu treffen, um unser grösstes Sozialversicherungswerk im Interesse der heutigen wie der künftigen Rentenbezüger gesund und leistungsfähig zu erhalten. Diese Anpassungen haben sich an erster Linie an der demografischen Entwicklung zu orientieren, auf die ich noch eingehen werde, und dürfen andererseits sozialpolitisch vertretbare Einsparungsmöglichkeiten nicht von vorneherein ausschliessen, wobei aber die verfassungsmässigen Ziele der Existenzsicherung nicht gefährdet werden dürfen.

Mehr Rentner, weniger Beitragsleistende

Aufgrund unserer schweizerischen Altersstruktur wird sich in den nächsten Jahren die Zahl der AHV-Bezüger stark erhöhen, während gleichzeitig jene der Beitragsleistenden zurückgehen wird. Der Bundesrat hat diese düstere Aussicht in einem Bericht veröffentlicht. Danach steigt die Zahl der AHV-Rentner von gegenwärtig rund einer Million auf 1,65 Millionen im Jahre 2040, während die Zahl der Erwerbstätigen (und damit der AHV-Beitragsleistenden) noch bis zum Jahre 2005 von 3,9 auf 4,1 Millionen wachsen wird, um hernach bis zum Jahre 2040 auf 3,6 Millionen Personen herabzusinken. Als Folge dieser Entwicklung

verschlechtert sich, wie erwähnt, das Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbstätigen drastisch: Im Jahre 2040 wird man auf 100 Rentner nur noch 220 Erwerbstätige zählen, während es heute 380 Verdienende sind, die 100 Rentner tragen. - Diese Entwicklungen werden die AHV-Finanzen stark beeinflussen.

Nein zu ruinösen AHV-Experimenten

In einem Zeitpunkt, da also bereits bekannt ist, dass die Zukunftsperspektiven der AHV als düster zu beurteilen sind, haben die linksextremen Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) eine Initiative auf Herabsetzung des AHV-Rentenalters für Männer und Frauen eingereicht. Dieses Volksbegehren gelangt am kommenden 12. Juni zur Abstimmung. Gefordert wird in zwei Etappen das Rentenalter 60 sowohl für Männer wie Frauen.

Es liegt auf der Hand, dass eine derart radikale Reduktion des AHV-Alters die Zahl der Rentenbezüger erhöhen und gleichzeitig jene der Beitragsleistenden reduzieren würde. Die AHV-Kasse käme in erhebliche Schwierigkeiten. Um für sie ein Fiasko zu vermeiden, müssten entweder die Renten gesenkt oder die Lohnprozente und die Leistungen der öffentlichen Hand angehoben werden. Da eine Rentenkürzung nicht zur Diskussion stehen kann, kämen nur die beiden letzteren Massnahmen in Frage. Die Generationensolidarität hat bis anhin die AHV, unser grösstes Sozialversicherungswerk gesichert. Ueberstrapazieren wir diese Solidarität nicht und lehnen wir am 12. Juni die Initiative auf Herabsetzung des AHV-Rentenalters der linksextremen POCH ab.

Finanz- und sicherheitspolitisch verfehlt!

=====

Zur POCH-Initiative auf Senkung des AHV-Rentenalters

von FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan, Zofingen

Sicherheit zu schaffen für möglichst alle denkbaren Wechselfälle des Lebens ist dem Schweizer ein grosses Anliegen. Mit Blick auf die 10. AHV-Revision stehen wir gegenwärtig mitten in der Diskussion über die künftige Ausgestaltung und Tragfähigkeit unseres grössten Sozialwerkes. Am kommenden 12. Juni haben Volk und Stände darüber zu entscheiden, ob sie in einem kühnen Vorgriff das AHV-Rentenalter für Männer auf 62 und für Frauen auf 60 Altersjahre senken wollen. Wenn die Vorlage Zustimmung findet, könnte der Gesetzgeber, d.h. das Parlament, das Rentenalter für Männer demjenigen der Frauen angleichen und sowohl für Männer wie Frauen hernach noch weiter herabsetzen.

Wer soll das bezahlen?

Die Zunahme der Rentnerzahl und die gleichzeitige Abnahme der Beitragspflichtigen brächten jährliche Mehrkosten in Milliardenhöhe mit sich. Die Finanzierung müsste entweder durch Rentenkürzungen und/oder höhere Lohnabzüge und Beiträge der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) erfolgen. In seinen Abstimmungserläuterungen geht der Bundesrat von einer Erhöhung der Lohnprozente um 1,55 Prozent sowie der Bundes- bzw. Kantonsbeiträge um 295 Millionen Franken aus. Bei einer späteren Gleichstellung des Rentenalters für Mann und Frau bei 60 Jahren kämen noch einmal 1,6 Prozent dazu; auf die öffentliche Hand würden dann jährlich 440 Millionen Franken Mehrausgaben entfallen.

Nun, die auf der äussersten Linken des politischen Spektrums angesiedelten Initianten machen es sich einfach. Die Folgen der erhöhten Lohnabzüge für den Arbeitnehmer werden verniedlicht - etwa mit dem Hinweis, dass "Kosten von rund 65 bis 70 Rappen pro 100 Lohnfranken angesichts der Verbesserung der Le-

Lebensqualität, die damit erreicht werden kann, doch tragbar" seien. Für die öffentliche Hand rechnete die Sprecherin der Initianten anlässlich der nationalrätlichen Debatte über die Volksinitiative mit etwa 450 Millionen Franken pro Jahr, "was nicht einmal 9 Prozent des jährlichen Militärbudgets" ausmache.

Genügend Mittel für Sicherheit nach aussen und im Alter

Es darf festgehalten werden, dass sowohl heute wie auch in naher Zukunft für alle schwergewichtigen Bundesaufgaben genügend Mittel vorhanden sein werden, sofern von kostspieligen Experimenten wie demjenigen der "Hauruck"-Herabsetzung des AHV-Alters abgesehen wird. Dabei hat der Bundesrat in seinem "Bericht über die Legislaturplanung 1987 bis 1991", der in der kommenden Sommersession in den eidgenössischen Räten behandelt werden soll, die Schwergewichte zurecht auf den Gebieten Umwelt/Walderhaltung/Lawinenverbauungen, öffentlicher Verkehr und Forschung sowie Landesverteidigung und Entwicklungshilfe gesetzt. Diese Bereiche sollen real stärker wachsen als die Gesamtausgaben (deren Wachstum im übrigen mit jährlich gut 5 Prozent zu hoch angesetzt ist).

Spielraum nicht einengen: Nein zur POCH-Initiative

Wer bezahlt schon gerne mehr Lohnprozente? Es ist vorauszusehen, dass nach einer allfälligen Annahme der Initiative massiver Druck für eine Erhöhung der Beiträge der öffentlichen Hand an die AHV ausgeübt würde. Dies hätte - hält man am Ziel des ausgeglichenen Finanzhaushaltes fest - Beeinträchtigungen für mindestens ebenso wichtige Bundesaufgaben zur Folge. Vor allem würde - nach bewährtem Muster - die Versicherungsprämie des Bundes für die äussere Sicherheit unseres Landes, die Ausgaben für die Armee, unter Beschuss geraten. Sodann würde der Spielraum für die 10. AHV-Revision mit einer ganzen Reihe von Massnahmen (Gleichstellung von Frau und Mann, Einführung des flexiblen Rentenalters sowie Verbesserungen für sozial Benachteiligte) drastisch eingengt. Sowohl sozialpolitische als auch finanz- und sicherheitspolitische Ueberlegungen sprechen also klar gegen die ruinöse AHV-Initiative der äussersten Linken, die - entgegen den Abmahnungen von Bundesrat Stich und sogar des Parteipräsidenten (!) auch von der SPS unterstützt wird. Das Nein gegen diese Initiative liegt auf der Hand.

Eigenartige Haltung der Gewerkschaften zur Poch-Initiative

Erstaunlich: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) und der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LfSA) empfehlen ein Ja zur Poch-Initiative zur Herabsetzung des AHV-Rentenalters. Erstaunlich, weil sie noch vor wenigen Jahren die gegenteilige Meinung vertreten haben.

Der SGB gab seine befürwortende Parole am 11. April heraus. Es handle sich um einen "Schritt in die richtige Richtung", hiess es wie bei der SP. Die vom Bundesrat vorgelegte 10. AHV-Revision habe ein ungewisses Schicksal und sei keine echte Alternative zur Abstimmungsvorlage vom 12. Juni. Den SGB-Delegierten seien zwar "einige Negativpunkte" der Initiative bewusst, die Herabsetzung des Rentenalters und die Verbesserung der AHV seien aber höher zu werten.

Am 23. April fasste der CNG-Bundesvorstand seine Ja-Parole. Sie kam allerdings erst nach hitzigen Diskussionen zustande. Grund für die Befürwortung: die beiden grossen CNG-Mitgliederverbände, der CMV und der CHB, hatten an vergangenen Kongressen eine Herabsetzung des AHV-Alters verlangt. Nun konnten sich deren Vertreter im Bundesvorstand angeblich nicht gegen das Unterfangen der Poch stellen...

Zum grössten Erstaunen gab am 9. Mai sogar der LfSA seine Ja-Parole heraus. Die Herabsetzung des AHV-Alters sei ein vordringliches sozialpolitisches Anliegen, hiess es in einem Communiqué. Leider hätten die jüngsten Vorschläge zur 10. AHV-Revision in dieser Hinsicht keine Fortschritte erkennen lassen, meint die "gelbe" Gewerkschaft, die angeblich auf freiheitlich-liberalem Boden stehen soll.

1981 tönte es noch anders

Da hatte es 1981 noch anders getönt. Als die Initiative im September jenes Jahres lanciert wurde, hatte der SGB sie als "Profilierung um jeden Preis" bezeichnet. Den Poch sei es gar nicht um die Sache gegangen, sondern um ein Wahlmanöver. Es sei "unverständlich", dass eine sich "progressiv" nennende Partei drei Monate nach Annahme des Gleichheitsartikels eine Initiative lanciere, die für Frauen und Männer ein so ungleiches Rentenalter vorsehe.

In seinem Pressedienst lehnte auch der CNG die Initiative ab, weil er als christliche Gewerkschaftsbewegung primär mit aller Kraft die Humanisierung der Arbeit vorantreiben und mehr die "Fluchtbewegung aus der Arbeit" unterstützen wolle. Das Begehren nannte er sogar einen "Schlag gegen die menschliche Freiheit und Würde", die Menschen in so eminent wichtigen Belangen wie der Arbeit über einen neuen Leisten schlagen wolle. Da könne und dürfe es nur flexible Lösungen mit

Wahlmöglichkeiten für den einzelnen geben. Darum komme für den CNG nur eine Lösung mit flexiblem Rentenalter und nicht "eine Vergewaltigung à la Poch" in Frage.

Eigentlich eine liberale Gewerkschaft...

Ueberraschend ist die Befürwortung durch den LfSA. Diese kleine Gewerkschaft, gegründet nach dem Generalstreik 1919 als bürgerlich-liberale Antwort auf die marxistisch oder durch die katholische Lehre inspirierten Gewerkschaften, ist ihren Grundsätzen untreu geworden. Sie beruft sich nämlich auf die liberal- friedliche Wirtschaftsordnung und vaterländisch- freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung (so ihr früherer Sekretär Gustav Egli). Man wird ja wohl kaum behaupten, dass weder die Initiative noch die Initianten auf dem Boden dieser Prinzipien stehen.

So ändern sich die Zeiten! Was vor einigen Jahren mit Klarheit vertreten wurde, nämlich ein Nein zur Poch- Initiative im Grundsatz und in den Details, hat nun im Vorfeld der Abstimmung plötzlich keine Gültigkeit mehr. Eine eigenartige Haltung, um es anständig auszudrücken. Windfahnenpolitik wäre eher ein angemessener Ausdruck, auch wenn es sich "nur" um taktische Zustimmung handeln mag.

Dr. Paul Ehinger